



»FRIEDENSPROZESS« IN ISRAEL/PALÄSTINA UND KEIN ENDE

Im Nahen Osten stehen die Zeichen nicht auf Frieden, sondern auf Krieg. Den Prozeß, der sich dort vor Ort entwickelt hat, als »Friedensprozeß« zu bezeichnen, wie dies die Kontrahenten mangels eines besseren Begriffes tun, grenzt bei der augenblicklichen Lage an puren Zynismus. **Ludwig Watzal** geht der Frage nach, warum es derzeit in Nahost keinen Frieden gibt und welcher Voraussetzungen ein solcher bedürfte.



FOTOS: MATOUSCHER

»Friedensprozeß« als Sicherheitsgarantie Israels

Es hat sich gezeigt, daß der »Friedensprozeß« nur ein einziges Ziel hatte, und zwar die Sicherheit Israels zu garantieren. Die Sicherheitsphobie Israels wird als Druckmittel gegen Arafat eingesetzt, eine unheilvolle Rolle zu spielen, weil er gegen sein eigenes Volk vorgehen muß. Er hat alle Kritiker dieses »Friedensprozesses« mundtot zu machen. Notfalls hat er sie vor dem »Staatssicherheitsgericht«, das auf Druck der USA und Israels eingerichtet werden mußte, abzuurteilen, um dem Prinzip des »Rechtsgeltung zu verschaffen. Er muß im Auftrag und auf Befehl Israels die Vertreter von Hamas und des Islamischen Heiligen Krieges verhaften, foltern lassen und über Monate ohne Gerichtsverfahren in Haft halten, obwohl ihnen keinerlei Vergehen nachgewiesen werden können.

Die westliche Öffentlichkeit vermeidet es, über die wahren Gründe der Spannungen in Israel/Palästina zu spre-

die Tatsache, daß Israel im Jahre 1997 ein Volk kolonisiert und stranguliert, es systematisch seiner Existenzgrundlage beraubt hat, was sich die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien nie hätten leisten können. Auch die Kolonialpolitik der Weißen in Südafrika kollabierte, als die USA ihre schützende Hand wegzogen. Die israelische Besatzung und die Kolonisierung sind ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, und das muß in der Öffentlichkeit vorrangig diskutiert werden.

Allein Netanyahus Schuld?

Die westlichen Medien vertreten die Ansicht, alle Schwierigkeiten im »Friedensprozeß« seien durch die Netanyahu-Regierung entstanden. Diese Regierung hat zwar dazu ihren gebührenden Beitrag geleistet, aber die Politik der Arbeitspartei sollte bei der Beurteilung mit einbezogen werden. Netanyahus intransigente Haltung hat wesentlich zum völligen Stillstand des Prozesses beigetragen. Man sollte aber nicht verkennen,

daß die Regierung von Yitzhak Rabin es damals war, die das Abkommen ausgehandelt hat, die dann zu diesem Chaos und der Bantustanisierung der Palästinenser geführt hat. Die Westbank wurde dadurch völ-

»In Israel/Palästina gibt es keinen »Friedensprozeß«, sondern einen Unterdrückungsprozeß von seiten Israels, der auch Züge der Selbstunterwerfung der Palästinenser trägt.«

In Israel/Palästina gibt es keinen »Friedensprozeß«, sondern einen Unterdrückungsprozeß von seiten Israels, der auch Züge der Selbstunterwerfung der Palästinenser trägt. Man sollte zugeben, daß dieser »Friedensprozeß« schon lange tot ist, wie dies der Menschenrechtler Eyad al-Sarraj in einem Interview mit dem Verfasser vor kurzem getan hat. »Wir sollten erklären, daß die Oslo-Vereinbarungen tot sind und begraben gehörten. Man kann nicht mit einem Toten in einem Raum leben. Wir sollten nochmals von vorne beginnen, eine neue Initiative starten. Es könnte bilateral zwischen Israelis und Palästinensern oder zusammen mit den Europäern geschehen, was ich persönlich befürworte. Einen Neuanfang mit den Amerikanern lehne ich ab.«

Die Lage insbesondere der Palästinenser ist von großer Apathie, Hilf- und Hoffnungslosigkeit gekennzeichnet. Hatten sie zu Beginn des »Friedensprozesses« noch Träume, Hoffnungen und hohe Erwartungen, so sind diese tiefer Depression und Resignation gewichen. »Die Menschen leiden unter einem toten Etwas, aber das wollen sie nicht zugeben«, wie es al-Sarraj nennt. Da die palästinensische Seite diejenige ist, die durch den »Friedensprozeß« zu den großen Verlierern zählt, kann sie sein Scheitern nicht eingestehen. Aber die israelische Seite profitiert von der Aufrechterhaltung dieser Fiktion. Beide Seiten haben also ein Interesse daran, das Erreichte von Oslo zu erhalten, weil jede Änderung des Status quo der jeweiligen Klientel schaden und die Region ins Chaos stürzen würde. Eine neue Intifada oder einen Volksaufstand zu riskieren könnte sich für die Palästinenser als weitere Katastrophe entpuppen, da nur in einem Krieg eine totale Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus der Westbank der Weltöffentlichkeit »vermittelbar« wäre.

chen. Das Problem sind nicht die Terroristen, sondern die brutale Besatzungs- und Unterdrückungspolitik Israels. Die Terroranschläge sind nur die Folge davon. Die Anschläge als gegen den »Friedensprozeß« oder gar gegen den Frieden gerichtet zu interpretieren ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Wer die Lage vor Ort unvoreingenommen betrachtet, wundert sich über die palästinensischen Terroranschläge nicht. Sie zu rechtfertigen ist töricht, aber über die wirklichen Ursachen sollte intensiver als bisher diskutiert werden. Dazu gehört

lig zersiedelt und zerstückelt. Die israelischen Siedlungen wurden durch ein separates Straßensystem verbunden, auf dem teilweise nur jüdische Israelis fahren dürfen. Noch nicht einmal im ehemaligen Apartheid-Staat Südafrika gab es Apartheid-Straßen! Warum dies der Westen im Namen der »Sicherheit« akzeptiert, ist nur schwer nachvollziehbar.

Augenblicklich versuchen sich die US-Amerikaner wieder einmal in ihrer »ehrlichen Maklerrolle«, um dem ergeisten »Friedensprozeß« wieder auf die Beine zu helfen. Den arabischen Staaten

»Wir sollten erklären, daß die Oslo-Vereinbarungen tot sind und begraben gehörten.

[...] Wir sollten nochmals von vorne beginnen, eine neue Initiative starten.«

Eyad al-Sarraj



»Die israelische Besatzung und die Kolonisierung sind ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, und das muß in der Öffentlichkeit vorrangig diskutiert werden.«

und den Palästinensern müßte aber schon längst klargeworden sein, daß es sich bei den USA um eine Partei im Nahostkonflikt handelt. Die US-Amerikaner vertreten nur die machtpolitischen Positionen Israels. Ihre Politik in der Region ist auf die eigene Interessenssicherung ausgerichtet und ist eine Neuauflage der Monroe-Doktrin. Für die Europäer und Japaner heißt dies, daß sie sich aus der Region gefälligst herauszuhalten haben, weil diese alleiniges Einflußgebiet der USA ist. Nur als Geldgeber in diesem maroden »Friedensprozeß« sind sie weiterhin willkommen. Die arabischen Regierungen können sich gegen den dominanten US-Einfluß nicht wehren, weil sie machtpolitisch völlig von den USA abhängig sind. Sie sind zu keiner eigenständigen Politik mehr in der Lage, weil die US-Amerikaner sie vor ihren eigenen Bevölkerungen, die sich von ihnen entfremdet haben, schützen müssen. Die USA benutzen Israel als Bollwerk gegen den arabischen Nationalismus, falls dieser wieder einmal zu Aufständen führen sollte.

Einseitige US-amerikanische Politik

Wie einseitig die US-amerikanische Politik ist, zeigt ein Brief des ehemaligen US-Außenministers Warren Christopher anlässlich der Unterzeichnung des Hebron-Protokolls vom 15. Januar 1997 an Benjamin Netanyahu. In diesem Schreiben geben die USA Israel die bisher weitestgehende Sicherheitsgarantie und überlassen es alleine Israel, über das Ausmaß ihres Truppenrückzuges aus der Westbank zu entscheiden. Alleinige Grundlage dafür ist das von Israel geltend gemachte Sicherheitsinteresse. Daß sich daraufhin die Israelis nur aus einem kleinen Teil zurückziehen wollten, ist die logische Folge dieses Briefes.

Des weiteren setzen die USA alles daran, die UN-Resolutionen, die den Palästina-Konflikt betreffen, zu liquidieren. Sie vertreten die Ansicht, daß diese nicht mehr relevant seien, weil der Konflikt von einer multilateralen Ebene auf eine bilaterale zurückgestuft worden sei. Ebenso wollen die USA das Völkerrecht nicht mehr angewendet wissen. Sie verurteilen schon nicht mehr die Siedlungen, die eindeutig gegen die Vierte Gen-

fer Konvention verstoßen, sondern meinen nur noch, daß sie für den Frieden nicht dienlich seien.

Die Europäer sollten endlich ihre legitimen Interessen im Nahen Osten auch gegen den Widerstand der USA wahrnehmen. Dazu werden sie wohl aufgrund der Heterogenität ihrer Interessen nicht in der Lage sein. Insbesondere die deutsche Israelpolitik wurde unter Außenminister Klaus Kinkel immer einseitiger. Bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung, in der der Siedlungsbau auf dem Har Homa-Hügel verurteilt werden sollte, hat Deutschland nicht nur zur Verwässerung der Resolution beigetragen, sondern sich auch gegen den Willen der Europäer der Stimme enthalten.

»Gerechter Frieden« als Ausweg

Gibt es aus dieser verfahrenen Situation dennoch einen Ausweg? Eine Wende zum Besseren ist nur dann zu erwarten, wenn Israel eine Kehrtwendung in Richtung »gerechter Frieden« vollzieht. Dies beinhaltet die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, das Ende der Landenteignungen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen, das Ende der Häuserzerstörungen, den Siedlungsstopp, die Freilassung aller Gefangenen, das Rückkehrrecht der Palästinenser in ihre Heimat, die Anerkennung Ost-Jeruselems als Hauptstadt eines unabhängigen Staates, die Einstellung des »demographischen Krieges« gegen die Bewohner Ost-Jeruselems, das Ende der Abriegelung und der Kollektivstrafen sowie die Anerkennung der Menschenrechte der Palästinenser. Nur durch die Umsetzung dieser Maßnahmen läßt sich der Teufelskreis von Terror und Rache durchbrechen. Solange aber Israel nur auf Repression setzt, durch die weiteres Elend geschaffen wird, kann es zu keinem Frieden in der Region kommen.